

Deutsche Rundschau

früher Ostdeutsche Rundschau

in Polen

Bromberger Tageblatt

Bezugspreis: In Bromberg frei Haus vierteljährlich 63 Mark, monatlich 21 Mark. In den Ausgabestellen vierteljährlich 60 Mark, monatlich 20 Mark. Bei Postbezug ohne Beistellgeld vierteljährlich 60 Mark, monatlich 20 Mark. — Einzelnummer 1,50 Mark. — Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Ausverzung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Fernruf Nr. 594 und 595.

Anzeigenpreis: 3 Mt. für die 38 mm breite Kolonialzeile, 1,50 Mt. nur für private Stellen. Plakatschriften: Anzeigenzeile 3,50 Mt., Plakamezeile 12 Mt. — Für Aufträge aus dem Auslande deutsche Mark. — Offerten- und Auskunftsgebühr 2 Mt. — Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plänen wird keine Gewähr übernommen. Postcheck-Konto Stettin 1847.

Nr. 16.

Bromberg, Freitag den 21. Januar 1921.

45. Jahrg.

Die Abrüstung der deutschen Seebefestigungen.

Obwohl der Versailler Vertrag vorsieht, daß Deutschland innerhalb einer Zone von 50 Kilometern von der deutschen Küste und auf den deutschen Inseln außer Helgoland und der Kieler Bucht alle besetzten Werke, Anlagen und festen Seepläätze in dem Zustand vom 10. Januar 1920 mit der an diesem Tage vorhandenen Bewaffnung behalten darf, hat die Kontrollkommission doch ihre Zustimmung zur Beibehaltung eines großen Teiles der wertvollsten und modernsten Anlagen verlangt. Auch die Botschafterkonferenz, die von der deutschen Regierung angerufen wurde, hat der Entscheidung der Kontrollkommission ihre Zustimmung erteilt. Daraufhin hat die Kontrollkommission die Auslieferung der nach ihrer Auffassung überflüssigen Geschütze nicht zu beobachten und Munition bis zum 17. Januar gefordert. Die deutsche Regierung hat nurmehr an die Ministerpräsidenten der alliierten Regierungen die Bitte gerichtet, die Angelegenheit bei der bevorstehenden Tagung des Obersten Rates einer Nachprüfung zu unterziehen. Zugleich ist die Kontrollkommission gebeten worden, die Forderung auf Auslieferung des Materials bis zur Entscheidung des Obersten Rates zurückzustellen.

Es handelt sich bei diesem Notenwechsel in erster Linie um die Armierung der Festungen Königsberg und Pillau. Die Entente hat gestattet, daß Königsberg mit 20 Geschützen bestückt wird, womit nach deutscher Auffassung eine große Festung völlig wehrlos ist, einer Auffassung, der auch die Sachverständigen der Entente beitreten müssen. Deutschland hat den überwiegenden Teil seiner Geschützbewaffnung, der Gewehre und der Munition ausliefern müssen; die Fliegerwaffe ist ihm völlig untersagt, der überwiegende Teil aller Befestigungen ist auf Befehl der Entente geschleift worden, der Generalstab mußte aufgelöst werden, irgendwelche Mobilmachungsarbeiten sind verboten, die allgemeine Wehrpflicht ist aufgehoben. Mit einem Wort: es ist alles geschehen, um Deutschland derart wehrlos zu machen, daß der kleinste Nachbarstaat militärisch stärker ist als das 60-Millionenvolk. Jetzt kommt noch hinzu die Bestimmung der Entwaffnungskommission, der der Botschafterrat in Paris beigetreten ist, auch die Festungen Königsberg, Löben und Pillau nahezu völlig zu besetzen. Diese Anlagen dienen ausschließlich zur Verteidigung gegen einen angreifenden und in das Land eingefallenen Gegner. Wie die Dinge jetzt liegen, kommt dabei in erster Linie die Sowjetarmee in Frage. So bedeutet das Verbot der Bewaffnung der ostpreußischen Festungen nichts weiter als eine Einladung an die Bolschewisten, in Ostpreußen, genau wie dies die Barenarmee im August 1914 tat, wobei über 7000 Güter und Dörfer in Flammen aufgingen, sich „ein wenig umzusehen“. Da gleichzeitig mit allem Nachdruck auf die Entwaffnung der Einwohnerwehren und die Auflösung aller ostpreußischen Selbstschutzorganisationen gefordert wird, so wäre dieses Unternehmen völlig risikoslos.

Wie von deutscher amtlicher Seite mitgeteilt wird, steht an der ganzen deutschen Ostgrenze kein einziger Soldat. Nur im Bezirk Marienwerder hat Mitte Januar eine Kompanie zur Abwehr der Kinderpest eingesetzt werden müssen.

Kundgebung des deutschen Reichspräsidenten

Berlin, 18. Januar. (T.U.) Reichspräsident Ebert hat aus Anlaß des heutigen Tages folgende Kundgebung erlassen:

Am 18. Januar sind 50 Jahre seit der Einigung der deutschen Stämme zu einem einheitlichen Staatsgebilde vergangen. Die Sehnsucht unserer Vorfahren, das heiße Verlangen weiterer Schichten des Volkes in allen deutschen Gauen fanden hierdurch ihre späte Erfüllung, und diese Erfüllung blieb von Danen.

In allen schmerzlichen Verlusten, die uns jetzt durch Krieg und Frieden getroffen haben, ist uns fast als einziges das eine große Unglück erspart geblieben, daß die deutschen Länder wieder auseinander gefallen sind. Sie halten aneinander fest, darüber wollen wir uns freuen, wenn wir auch mit besonderer Trauer an diesem Tage zu allen deutschen Landesteilen hinüberblicken müssen, die gegen ihren Willen von ihrem Stammbewohnten Lande getrennt sind, und auf das besonders schwer leidende Österreich, das mit dem Herzen zu uns strebt, wie wir zu ihm.

Unsere innerstaatliche Einheit zu erhalten und zu festigen, muß unter aller starker Wille sein. Wenn uns auch politische und wirtschaftliche Anschauungen, mehr als gut trennen, in einem sind wir alle einig: Grenzen sollen uns nicht trennen. Die Einheitlichkeit unseres deutschen Vaterlandes ist für uns alle ein Stück unseres Glaubens, unserer Liebe und unserer Hoffnung.

Berlin, 18. Januar 1921.

Der Reichspräsident: gez. Ebert.

Der Reichskanzler: gez. Zehrenbach.

Absichten der Entente mit Deutschland.

Paris, 19. Januar. Der Minister für Elsaß-Lothringen Louchard äußerte einem Vertreter des Pariser Journal gegenübert, daß, wenn Deutschland keine neuen Anstrengungen mache, um sein großes Defizit auszugleichen, so werde es eines Tages der Entente sagen: „Ich kann nicht mehr. Nehmt selbst die Leitung in die Hand.“ Solange werde die Entente aber nicht warten. Louchard entwickelte dann einen Plan für die Übernahme der deutschen Verwaltung durch die Entente, die er eine ehrenhafte Liquidation nannte. Dann werde man das deutsche Budget in Ordnung bringen. Dazu gehörten sofortige Erhöhung der deutschen Eisenbahntarife, der Postgebühren und der Steuern. Über die Art und Weise, wie Deutschland seine Entschädigungen zahlen soll, sagte Louchard, daß eine Bezahlung in Fertigfabrikaten nicht möglich sei, weil dadurch die französische Industrie allzusehr geschädigt werden

würde. Aber wohl könne Deutschland den größten Teil seiner Errichtungen durch Kohlen abtragen. Er habe sich über die deutschen Kohlenförderungen genau unterrichtet und sei zu der Ansicht gekommen, daß Deutschland eine jährliche Rate von 8 Milliarden in Kohlen bezahlen könne. Wenn man noch weitere 2 Milliarden an chemischen Produkten, Steuern auf Ausfuhrartikel und sonstige Artikel hinzurechnet, so ergäbe das eine jährliche Leistung von 10 Milliarden, die Deutschland tragen könne. Man habe jetzt genügend hin und her geredet. Die Zeit zu handeln sei gekommen.

Vor der neuen Sitzung des Obersten Rates.

Horska, 19. Januar. Lloyd George, Lord Curzon und Sir Crowe, der Unterstaatssekretär für auswärtige Angelegenheiten, begeben sich wahrscheinlich am Sonntag nach London, um an der Sitzung des Obersten Rates teilzunehmen. In dieser soll außer der Frage der Entwaffnung und der Entschädigungen auch die griechische und türkische Frage sowie die Frage der Anleihe für Österreich besprochen werden. Man ist der Überzeugung, daß es in der Frage der bulgarischen Befreiung und der österreichischen Wehr zu einer Versöhnung kommen wird, dagegen soll in der Frage der Entschädigungen keine endgültige Entscheidung getroffen werden.

Paris, 19. Januar. (PAT.) In Besprechung der wahrscheinlichen Ergebnisse der interalliierten Konferenz, die am 24. Januar stattfindet, stellt „Journal“ fest, daß die englischen und französischen Anschauungen in bezug auf die Entwaffnung Deutschlands sich einander anpassen, so daß die Frage binnen kurzem entschieden werden wird. Das Blatt sagt voraus, daß die Alliierten Deutschland eine neue Frist gewähren würden. Frankreich würde sich energisch gegen den Standpunkt Deutschlands, das die Frage der Entschädigung von der Entwaffnung abhängig machen will. Der Kriegsminister Barthou erklärte in einer Unterredung mit dem Vertreter des „Petit Journal“, daß sich sein Programm hauptsächlich auf die Verkürzung der militärischen Dienstzeit und die Verminderung der Ausgaben für das Heer stütze. In bezug auf die Entwaffnung Deutschlands meinte Barthou, daß Briand und sämtliche Minister Frankreich jede Sicherheit und sämtliche Vorteile, die sich aus dem Friedensvertrag und den Verpflichtungen Deutschlands ergeben, sichern wollten.

Kontrolle des Minderheitschutzes.

In einer Unterredung mit einem Redakteur des „Gesetz Slove“ äußerte sich der tschechische Außenminister Dr. Šimeš über die Art, wie der Bölkerverband die Einhaltung der Minderheitschutzverträge in den einzelnen Ländern kontrollieren wird. Im Sekretariat des Bölkerverbandes sei bereits eine ganze Organisation ausgebaut. In dieser Sektion ist schon heute eine Reihe von Dokumenten über die Fragen der Minderheiten in den einzelnen Staaten und auch über die Minderheiten in den Nachbarstaaten gesammelt. Diese werden genau verfolgt und der Rat des Bölkerverbandes werde von den Referenten über alle diese Fragen informiert. Es werden Fragebögen, Enqueten, vorbereitet und es werden Kontrollkommissionen ausgesucht werden, welche eine große internationale Tragweite haben werden. Sie werden einem jeden Staat, der nicht seine Pflichten in den Minderheitsfragen erfüllen sollte, gewaltige Unannehmlichkeiten verursachen. Die Atmosphäre ist eine derartige, daß nach einer oder zwei unangenehmen Erfahrungen, welche dieser oder jener Staat in Sachen einer wirklich bedrängten Minderheit macht, jeder Staat wohl achtgeben werde, nicht neuen Vorwürfen seitens des Bölkerverbandes ausgesetzt zu werden, denn dies hätte auf die öffentliche Weltmeinung unendlichen Einfluß.

Bolschewistische Propaganda in Litauen.

Kowno, 18. Januar. (T.U.) Gerüchte über bolschewistische Putzschärfen werden weiter dadurch genährt, daß seit dem 14. d. M. die Polizeipatrouillen erheblich verstärkt sind und die Pakkontrolle, besonders in den Abendstunden, strikt durchgeführt wird. Hierzu erfährt die Telegraphen-Union, daß der litauische Regierung lange bekannt ist, daß die bolschewistische Partei ihre Tätigkeit sehr vermehrt hat. Die bolschewistische Partei, die in Litauen verboten ist, besitzt hier keine Zentralstelle, braucht sie aber auch nicht, da die Sowjetmission in Kowno deren Funktionen übernommen hat. Am 15. Januar, dem Todestag Liebknechts, sollte durch Demonstrationenversammlungen, Umgänge usw. eine Probe gemacht werden, wie weit die Propaganda bei den Arbeitern und besonders beim Militär Erfolg gehabt hat. Daß die bolschewistische Propaganda in den letzten Tagen nachgelassen hat, ist in erster Linie der auerkennerwerten Entschluss der litauischen Regierung zu verdanken, die das Militär sofort abgeföhrt, Versammlungen verboten und den Sicherheitsdienst wesentlich verstärkt hat. Einzelne geheime Versammlungen wurden aufgehoben. Dabei wurden achtzig Personen verhaftet und dreißig von ihnen den Gerichten angeführt. Aufgrund der festen Haltung der Regierung liegt zu irredenlichen Besorgnissen kein Grund mehr vor.

Kowno, 18. Januar. (T.U.) Der Ministerpräsident hat bestimmt, daß, wer keine bestimmte Beschäftigung nachweisen kann, oder wer als Flüchtling früher seinen Wohnsitz nicht in Kowno hatte, ausgewiesen wird.

Republik Polen.

Eine neue Offensive?

Aus Pisa ist nach London gemeldet worden, daß Polen eine neue Offensive gegen Russland vorbereite. Französische Offiziere seien dabei, eine neue Armee auf die Beine zu bringen. Eine große Anzahl militärischer Ausrüstungen und große Mengen von Kriegsmaterial seien bei englischen Firmen in Auftrag gegeben. — Wir haben bisher noch keine Bestätigung dieser Meldung gefunden.

Das Kohlenwirtschaftssystem.

Warschau, 19. Januar. (PAT.) Im Einvernehmen mit den Ministerien für Industrie und Handel gibt das

Schömannisterium bekannt, daß nach Übernahme Oberschlesiens im Falle eines günstigen Aussalles der Volksabstimmung die polnische Regierung beabsichtige, dort das bisherige Wirtschaftssystem auf dem Gebiet der Kohlenindustrie beizubehalten, die dem Kohlenamt nicht unterstellt werden soll, um der dortigen Kohlenindustrie eine normale Entwicklung in der bisherigen Weise zu sichern.

Ein französisch-polnischer Handelsvertrag?

Warschau, 18. Januar. Unabhängig von der Verschiebung der Pariser Reise des Marschalls Piłsudski finden eifrig Verhandlungen über ein französisch-polnisches Handelsabkommen statt. Danach werden, wie der „Pragglad Biecz“, erfahren, französische Handelskreise ermächtigt, für zwei Millionen Francs oder nach heutiger Kuri für 100 Millionen Polenmark Seide und für den gleichen Betrag Wein, im ganzen für 5 Millionen Francs Luxuswaren nach Polen einzuführen. Polen verpflichtet sich, 1500 Tonnen Zucker im Austausch gegen Kunstdünger an Frankreich zu liefern.

Verkauf von Eisenbahnwerkstätten.

Krakau, 18. Januar. Nach dem „Gonec Krakowski“ besteht die Absicht, die Eisenbahnwerkstätten in Tarnow an ein Konsortium amerikanischer Polen zu verkaufen,

Deutsches Reich.

Staatssekretär Solf zum Botschafter ernannt.

Nachdem Japan durch den soeben in Berlin eingetroffenen Gli Hieki wieder durch einen Botschafter bei der deutschen Regierung vertreten ist, ist auch der zunächst als Gesellschafter nach Tokio entsandte Staatssekretär Solf zum Botschafter ernannt.

Der Reichstag

hat seine Vollzügungen wieder aufgenommen. Mit Rücksicht auf die Landtagswahlen wird er nur bis zum 4. Februar tagen und dann seine Sitzungen voraussichtlich erst am 23. Februar wieder aufnehmen.

Eine Interpellation wegen Oberschlesien.

Die Deutschnationalen, die Deutsche Volkspartei, das Zentrum, die Demokraten und Sozialdemokraten haben im Reichstage eine Interpellation eingebracht, die die Reichsregierung um Auskunft darüber ersucht, welche Maßnahmen sie zu ergreifen gedenkt, um die Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit in Oberschlesien herzuführen und den Zuständen an der Grenze Einhalt zu gebieten, sowie die Benachteiligung der deutschen Abstimmungsberechtigten durch das von der interalliierten Kommission verfügte Abstimmungsreglement zu beseitigen.

Nach einer Meldung der Polnischen Telegraphen-Agentur wird die Regierung in der Interpellation gefragt, was sie zu unternehmen gedenkt, um in Oberschlesien die öffentliche Ruhe, die durch die Konzentration polnischer Truppen an der Grenze gestört werde, wieder herzustellen.

Die Interpellation wird in der nächsten Woche auf die Tagesordnung gesetzt werden.

Das Reichsnotopfer.

Aus der Konferenz der deutschen Finanzminister verlautet, daß die Veranlagung zum Reichsnotopfer im Gegensatz zu den Erabergerischen Berechnungen einen um 30 bis 40 Prozent geringeren Betrag ergeben hat.

Im Steueranschluß des Reichstages

erklärte Reichsfinanzminister Wirth, es sei sehr wahrscheinlich, daß man um die Einführung erhöhter bestehender oder auch neuer indirekter Steuern kaum herumkommen werde. Demnächst werde eine Gesetzesvorlage über die Erhöhung der Postgebühren eingereicht werden. Eine Vorlage auf Erhöhung der Telefon- und Telegrammgebühren werde folgen, ebenso ein Antrag auf Erhöhung der Eisenbahn tarife.

Eine anfällige Auswärtsbewegung der deutschen Mark ist seit einigen Tagen an den Auslandsbörsen, besonders New York, Berlin und Amsterdam festzustellen. Es ist dies auf die Markspekulation an der New Yorker Börse und auf das Zustandekommen des deutsch-holländischen Transitabkommen zurückzuführen. Im Verkehr der Berliner Großbanken macht sich das Steigen der deutschen Mark sehr bemerkbar. Auslandswechsel waren lebhaft angeboten.

Viktor Kopp,

der Vertreter der Sowjetregierung in Berlin, hat von Moskau seine Abberufung erhalten. Sein Nachfolger ist noch nicht bestimmt.

Der erste große Gauparteitag des Gauverbandes Grenzmark

der Deutschnationalen Volkspartei findet am 29. und 30. Januar in Schneidemühl statt. Für den 29. Januar ist eine große deutschnationale Arbeiterversammlung vorgesehen. Hierbei werden Landtagsabgeordnete, Arbeitersekretär Wallner und der Kandidat zur Preußenswahl, Landarbeiter Kämmerer, Vorträge halten. Am 30. Januar findet der eigentliche Gauparteitag statt. Abgeordnete Kries, Vizepräsident der preußischen Landesversammlung, spricht über: „Preußische Landesversammlung und Preußenswahl“ und Reichs- und Landtagsabgeordneten Prof. Dr. Hoehn über: „Reichspolitik nach innen und außen“.

Im Gauverband Grenzmark macht die Organisation der Deutschnationalen Volkspartei weitere Fortschritte. Die Mitgliederzahl der Ortsgruppe Schneidemühl ist in der letzten Zeit erheblich gestiegen, sie beträgt jetzt bereits 1250 eingeschriebene Mitglieder. Allein in den letzten Tagen meldeten sich rund 50 Mitglieder neu an, bemerkenswerterweise wieder in stark anwachsender Zahl deutschnationale Arbeiter.

Die Entschädigung für die Zerstörung des polnischen Konsulats.

Breslau, 18. Januar. Die deutsche Regierung hat den Polen die Summe von 219 800 Mark in deutscher Währung und 40 000 Frank in französischer Währung für das am 26. August 1920 in Breslau zerstörte polnische Konsulat überwiesen.

Eine „Note Armee“.

Essen a. R., 19. Januar. Auf Grund von Anzeigen über die Bildung von bewaffneten Organisationen wurden im Auftrag der Staatsanwaltschaft von der Staatspolizei bei allen als radikale politische Führer in Betracht kommenden Persönlichkeiten in Essen, Düsseldorf, Elberfeld und Lünen Hausdurchsuchungen vorgenommen. Erdrückendes Material über das Bestehen einer „Roten Armee“ wurde gefunden. Verschiedene Festnahmen sind erfolgt.

Uebrigens Ausland.

Der Wiener Post- und Telegraphenbeamten-Streik ist beendet. Es wurde ein neues Dienstreicht für die Postangestellten geschaffen.

Venin ist nicht tot und nicht tot.

Warschau, 18. Januar. Die „Rzecapospolita“ meldet, daß nach einem Moskauer Funkruf alle Gerichte über eine schwere Krankheit Venins gegenstandslos seien. Allerdings seien einige hervorragende deutsche Ärzte nach Moskau berufen worden, aber nicht zu Venin, sondern zu Professor Karow, Mitglied des Wirtschaftsrats, der vor einigen Tagen gestorben ist. (Daher also neutral der Name Karow für Venin.)

Rosse über den Friedensschluß.

Die frühere Meldung der Polnischen Telegraphen-Agentur über die Aussichten der Unterzeichnung des Moskauer Friedens im Januar wird heute durch eine Meldung des „Tat Express“ dementiert, nach der Rosse geäusert haben soll, daß die Unterzeichnung des Friedens mit Polen nicht so bald erfolgen dürfe.

Nunmehr Friedenssehnsucht.

Nach dem „Temps“ haben französische Antrigen eine starke antifranzösische Bewegung in Numänen hervorgerufen, und man verlangt dort schnellstens einen Friedensschluß mit Rußland.

Brands angebliche Politik.

Paris, 19. Januar. In weiten Schichten herrscht das Gefühl, daß Brand in der französischen Politik die Kursänderung in Richtung europäischer Verbündung, des Friedens und Wiederaufbaus durch Arbeit und Ordnung bedeutet. Mit Brand triumphiert die gemäßigten Tendenzen.

Der Vorstand des internationalen Bergarbeiterverbandes wird am Montag in London eine Sitzung abhalten, in der die deutschen Vertreter einen Antrag stellen werden, dem aufgegängen gegen die Forderungen der Alliierten auf eine noch größere Sicherung deutscher Steinkohlen protestiert werden soll.

3000 Franken für ein deutsches Unterseeboot.

Paris, 18. Januar. Aus dem Kriegshafen von Cherbourg wird gemeldet, daß daselbst am 14. Januar sieben einstige deutsche Tauchboote, welche von Deutschland ausgeliefert worden waren, öffentlich an den Meistbietenden verkauft worden wären. Diese Auktion war ein vollständiger Misserfolg, denn es hatte sich nur ein einziger Käufer gemeldet, welcher 3000 Franken pro Stück bieten wollte.

Ein kampffähiges englisches Geschwader

erhielt den Befehl, zu Flottenmanövren sich nach den japanischen Gewässern zu begeben. Es sind dies die größten Flottenmanöver seit Ausbruch des Weltkrieges. Im Geschwader befinden sich „Queen Elisabeth“, „Hood“, „The Pulse“ und „Tiger“. Es wird damit gerechnet, daß die Flotte über zwei bis drei Monate ausbleibt.

Die griechische Offensive.

Athen, 19. Januar. Die Abreise König Konstantins an die Front wird bestätigt. Eine große Anzahl von Truppen wird als Verstärkung geschickt. Der erste Angriff der Griechen ist mißlungen. Die große Offensive wird bis zum Ein treffen der Verstärkungen verschoben.

Die Lage in Armenien.

London, 19. Januar. Von armenischer Seite erfährt Reuter, daß aus dem von den Türken besetzten Gebiet über 200 000 Menschen geflüchtet sind. Nahrungsmittel und Heizmaterial sind nicht zu bekommen. Der Bahnverkehr ist eingestellt und die Bevölkerung von einer Hungersnot bedroht, wenn nicht sofort Nahrungsmittel aus anderen Ländern herbeigeschafft werden.

Die Maurer.

Von Franz Wiedmann.

Copyright 1921 by „Deutsche Rundschau“, Bromberg.

(Nachdruck verboten)

Das Achendorf'sche Gut lag an der Landstraße, doch ohne Bahnverbindung, weit draußen in Moor und Heide, ein paar Gehstunden von der Großstadt entfernt.

Der nötig gewordene Anbau kam nicht vom Flecke. Zwei Maurer arbeiteten gemächlich daran. Anfangs waren es ihrer acht gewesen. Aber den anderen dünkte der Lohn zu niedrig. Und da der Besitzer nicht mehr gewähren wollte, ließen sie davon.

Nur der Ugnader Ulle und Pius Brunner blieben. Der letztere, weil er ein mächtiger, aufriedener Mensch war, der das ewige Streiken hasste, der Ulle, weil er Geld zum Trinken brauchte und außerdem noch eine Frau zu ernähren hatte. Er besaß eine armelige Wohnung in der Stadt, kam aber der weiten Entfernung wegen jetzt nur am Sonntag heim.

Nachts schließen die beiden Maurer in einem schon fertig gestellten Raum, in dem ein Kokosofen zum Ausstrudeln brannte. Es war, obwohl erst November, bereits empfindlich kalt.

Heute am Allerheiligentag hatten sich beide in die Stadt begeben, aber nicht gemeinsam. Pius, der das Grab seiner Mutter schmücken wollte, war zwei Stunden zuvor ausgebrochen. Der Ulle beeilte sich nicht. Er liebte das Auswälzen. Die Trudel sah er noch früh genug. Und in den Wirtschaften war es in den Vormittagsstunden leer und langweilig.

Auf dem Friedhof ist Pius einer der ersten gewesen. So ist ihm noch Zeit geblieben, rechtzeitig zur Kirche zu kommen. Aber die rechte Andacht hat ihm heute gefehlt.

Zur Seite in einer der Bänke sieht die Ugnader Trudel. Und von der kann er den Blick nicht lassen.

Das ist immer so gewesen, wenn sie's nicht bemerkte. Aber wie bleich sie jetzt ausschaut! Und die Augen glühen, als hätte sie gemeint.

Es ist das erstmal, daß er sie wieder sieht, seit sie Ulles Weib geworden.

Der russisch-polnische Vertrag.

Wie der „Daily Mail“ aus Teheran gemeldet wird, steht der zwischen den Bolschewisten und Persien vereinbarte Vertrag vor, daß der englisch-russische Vertrag von 1907 aufgehoben wird:

Persien und Sowjetrußland enthalten sich jeder Einflussung in die gegenseitigen inneren Angelegenheiten. Russland streicht alle persischen Schulden und tritt Persien die russische Diskontobank ab, die früher eine Zweigstelle der russischen Staatsbank war. Für den Fall, daß eine feindliche Streitmacht beabsichtigt, Russland auf dem Wege über Persien anzugreifen, dürfen die Bolschewiken ausreichende Streitkräfte nach Persien senden.

Das neue Mieterschutzgesetz.

Art. 11.

1. Gemeinde für Wohnungsfragen werden in Städten und Fabrikorten eingerichtet werden, die bei der letzten Volkszählung mehr als 20 000 Einwohner aufweisen. In anderen Ortschaften können solche Ämter auf Beschluss der Stadtverordnetenversammlung eingerichtet werden. Falls notwendig, können in einem Ort auch mehrere Ämter gebildet werden.

2. Die mit der Errichtung und Führung der Ämter verbundenen Kosten werden von den Gemeinden getragen.

Art. 12.

Der Vorsitzende des Amtes und dessen Vertreter, nach Möglichkeit juridisch ausgebildete Personen, werden vom Vorsitzenden des Bezirksgerichts ernannt. Den Rest der Mitglieder ernannt dieselbe Gerichtsvorsteher nach Empfehlung derselben durch den Leiter (Bürgermeister) der Gemeinde, in welcher das Amt seinen Sitz hat. Die Hälfte dieser Mitglieder muss aus in der Gemeinde wohnhaften Hausbesitzern, die andere aus Mietern bestehen.

Art. 13.

Die Ernennung zu Mitgliedern des Amtes können ablehnen: Geistliche, Militärpersonen, öffentliche Beamte, Personen über 60 Jahre, kleine Gewerbetreibende oder Personen, die vom Tage- oder Wochenlohn leben. Über die Annahme der Ablehnung entscheidet diejenige Behörde, die die Ernennung vorgenommen hat.

Art. 14.

Die die Annahme der Mitgliedschaft Verweigern, obwohl ihre Ablehnung als unbegründet angesehen wurde, sind mit Geldstrafen bis zur Höhe von 5000 Mark zu belegen.

Art. 15.

1. Das Amt entscheidet nach den mündlichen Beratungen durch drei Mitglieder, zu welchen gehören: der Vorsitzende oder dessen Stellvertreter und je ein Beisitzer aus dem Kreise der Hausbesitzer und Mieter. Wenn Gegenstand des Streites ein Handels- oder Industrielokal, eine Werkstatt oder ein Laden ist, so muß seitens des Mieters eine Person Beisitzer sein, die zu den Kaufleuten, Industriellen oder Handwerkern gehört, jedoch nur eine solche Person, die ihr Lokal nicht im eigenen Hause besitzt, oder wenigstens mit den Verhältnissen gut vertraut ist. Durch Verordnungen ist zu sichern, daß sich auf der Liste der Mitglieder des Amtes stets genügend Beisitzer aus handels-industriellen Kreisen befinden.

2. Die Entscheidung ist in drei Tagen schriftlich anzusetzen und auf Verlangen den Parteien auszufolgen.

3. Die Beratungen sind öffentlich. Falls beide Parteien es wünschen, können die Verhandlungen geheim sein. Die Veröffentlichung des Inhalts der geheimen Beratungen ist verboten.

Art. 16.

1. Wenn von dem Amt eine Entscheidung gefordert wird, so lädt dieses die Parteien mit der Androhung vor, daß Richterscheine weder die Verhandlungen noch die Entscheidung aufhölt. Die Beratungen sind, soweit möglich, in einem Zeitpunkt von 8 Tagen vom Tage der Einbringung des Antrages vorzunehmen.

2. Die Vorgeladenen sind verpflichtet, verlässlich zu erscheinen oder einen Bevollmächtigten zu senden, der mit dem Stand der Sache vollkommen vertraut ist. Die Parteien und deren Vertreter müssen wahrheitsgemäß auf die Fragen des Amtes antworten.

3. Das Amt kann alle Ermittlungen anstellen, die zur Fällung der Entscheidung notwendig sind, besondere Personen vorladen, die in der Angelegenheit Aufklärung geben können.

4. Das Amt verhängt Strafen bis zur Höhe von 5000 Mark für jedes unbegründete Richterschein der vorladenden Parteien oder Personen. Die Ausführung der Beschlüsse des Mieterschutzgerichts liegt den Polizeibehörden ob. Gegen die Strafverfügung kann in vierzehntägiger Frist von der Zeit der Bekanntgabe der Strafverfügung Berufung beim Vorsitzenden des Bezirksgerichts eingezogen werden. Die Geldstrafen fließen in die Kommunalkassen. (Forts. folgt.)

Sollte es wahr sein, was er die Leute hat reden hören? Die Frage ob so das Glück aussehen kann, läßt ihm keine Ruhe.

Die Kirchenbesucher drängen hinaus. Er mischt sich in ihren Strom. Unbemerkt kann er ihr folgen. Bis dahin, wo sich die Menge teilt und in einzelne dunkle Höcklein zerstreuht. Da ist ein Torweg, unter den sie einen Augenblick tritt, um ihr Kleid zu ordnen.

Trudel!

Erschrocken fährt sie zusammen. „Du bist's, Pi?“ So hat sie ihn schon als Kind genannt, da sie noch im engen, schmuhigen Großstadthaus wohnten. „Hast mir was auszurichten von meinem Manne?“

„Das nicht. Er wird ja auch selber kommen.“ Es geht schwer, aber er faßt sich ein Herz. „Eine Frage hab' ich.“

„Sag's!“

„Bist glücklich, Trudel?“

Das blonde Frauengesicht wird rot. „Was soll das, Pi?“

„Ich hab' halt reden hören.“

„Die Deut' reden viel“, fällt sie ihm ins Wort.

„Aber ich seh', daß es wahr ist. Der Ulle ist deiner nicht wert.“

Sie schlägt den Blick der blauen, feuchten Augen zu Boden. „Ich hab' ihn halt nehmen müssen, weil der andere nicht gekommen ist.“

„Es heißt, er quält und mishandelt dich.“

„Da kann sie die Tränen nicht mehr zurückhalten, laut schluchzt sie auf. „Wenn du's denn weißt, — ja, es ist ein Elend. So oft er betrunknen ist, schimpft und schlägt er mich. Und er ist immer betrunknen. Ost hab' ich mir schon den Tod gewünscht. Wenn es nicht Sünde wäre, ich ginge ins Wasser.“

Pius Brunner ballt die Fausten. Sein Gesicht verzerrt sich. Aus den sonst so gutmütigen Augen lodert die heiße Flamme des Zorns. „Er dich schlagen? Hin muß er werden!“

Die Trudel versiegt sich. „Was fällt dir ein?“

„Niederschlag' ich ihn, wenn er noch einmal — —“

Sie legt die Hand bittend auf seinen drohend erhobenen Arm. „Das darfst nicht, Pi. Früher hättest du's hindern können. Jetzt nimmt.“

„Hindern, ich?“

„Ja, wenn du gerecht hättest. Ich hab' ihn doch nur genommen, weil — —“

Aus Stadt und Land.

Der Nachdruck sämtlicher Original-Artikel ist nur mit ausdrücklicher Angabe der Quelle gestattet. Allen unseren Mitarbeitern wird strengste Schweigepflicht zugesichert.

Bromberg, 20. Januar.

Die Bollfrage auf landwirtschaftliche Maschinen in Polen.

Auf Anfrage des Ministeriums für Industrie und Handel hat das landwirtschaftliche Syndikat in Warschau die Ansicht ausgesprochen, daß die Bölle für landwirtschaftliche Maschinen bei der vorgeschlagenen Höhe des Agio im Betrage von 200 Prozent die Käufer der Maschinen nicht allzusehr beladen werden. Weiter hat er das Bedürfnis darlegt, daß für Triebmaschinen für Motorpflüge, die heute nicht zu den landwirtschaftlichen Maschinen gerechnet werden, kein höherer Zoll zu bezahlen ist, als für die Maschinen. Die Landwirte fordern sogar, daß die Triebmaschinen vollständig frei vom Zoll seien, da sie bisher in Polen nicht angeschafft würden und unter den heutigen Verhältnissen wegen des Mangels an Pferden zur Aufrechterhaltung der landwirtschaftlichen Produktion nötig seien. Gleichfalls fordern sie, daß Grün- und Sämaschinen vollständig vom Zoll befreit werden, da die Produktion derselben im Lande nicht ausreiche oder sogar vollständig fehle.

Einheitliche Höchstpreise in ganz Polen.

Kürzlich fand auf Anregung des Generaldelegierten Dr. Golewski beim Statthalter in Lemberg eine Besprechung in der Ernährungsfrage statt. Im Laufe der Aussprache wurde eine Reihe von Vorschlägen vorgebracht, deren hauptsächlichste folgende sind: In erster Linie muß die mahnende Tenerierung vermindert werden und in dieser Angelegenheit sollte die Regierung mit gutem Beispiel vorangehen. Die Regierung muß durch Heraushebung der Preise für Kohlen, Brot, Salz usw. die Heraushebung der Preise bei den privaten Produzenten ermöglichen. Richtig ist ferner die Einführung von einheitlichen Höchstpreisen in ganz Polen, da die verschiedenen Höchstpreise in den einzelnen Landesteilen dazu führen, daß die Spekulanten die Gegenstände ausplündern, in denen niedrigere Taxe gelten und die Waren dorthin verschoben, wo sie einen höheren Wert haben. Es muß auch energetisch und konsequent durchgeführt werden, daß sämtliche Kaufleute die Waren mit Verkaufspreisen versehen. Als weiteres Mittel zur Bekämpfung der Teuerung wurde gefordert, daß die Schlechthändler nicht mit Geldstrafen belegt werden, die letzten Endes doch der Verbraucher aufzubringen müßte. Wegen Schlechthändels müsse auf Gefängnis, sowie auf Beleidigung der Ware erkannt werden und außerdem wäre der Schlechthändler an den Pranger zu stellen, zum Beispiel durch Einführung der in manchen Ländern üblichen Sitten, die zum Strafenleid heranzuziehen.

Die Entschädigung der Schöffen bei den Friedensgerichten. Nach einer Meldung aus Warschau hat der Justizminister dem Seim einen Gesetzentwurf über die Entschädigung der Schöffen bei den Friedensgerichten vorgelegt. Das Amt eines Schöffen ist zwar ein Ehrenamt, für Zeitverlust und Unkosten sollen jedoch die Schöffen mit 20 Mark täglich entschädigt werden.

Die Arbeit des Verbandes deutscher Industrieller und Kaufleute in Polen ist durch die im Oktober vorjährigen Jahren von der polnischen Regierung des ehemals preußischen Teilstaates verfügte Schließung der Geschäftsräume jäh unterbrochen worden. Belastendes Material, das die Schließung rechtsfähig konnte, war nicht vorhanden, irgendwelche gesetzliche Untersuchung hat daher auch nicht stattgefunden, aber die Auflösung jener Maßregelung ist erreicht, somit steht die Errichtung des Verbandes der Mitgliedern, sowie denen, die es werden wollen, schließlich auch demjenigen, der dem Verband innerlich fernsteht, der aber auf wirtschaftlichem Gebiet Auskunft braucht, zur Verfügung. Die nationale Sammlung der Mitglieder innerhalb des Verbandes stellt ja, wie wiederholst betont wurde, keine Irridenta dar. Der Verband sucht nur in dieser Sammlung den besten Platz für gemeinsame wirtschaftliche Arbeit im Wege der Arbeitsgemeinschaft mit den national-polnischen Verbänden — also reine, wirtschaftliche, staatsfördernde — daher Auskünfte für jeden Mann, ohne Unterton und Argwohn. Wirtschaftlicher Vergabweg, Richtung der Mitgliederreihen durch Abwanderung, ungewisse Zukunft dürfen das Interesse nicht erlahmen lassen. Die dem Deutschen innerwohnenden vorzülichen Stammesgegenden wie Energie, Pflichtbewußtsein, Arbeitsfreudigkeit, Umstellungsvermögen, Mut und Kenntnisse, überwinden bei großer Konzentration und gutem Zusammengesetztheit emfinden alle Schwierigkeiten, wenn auch das Kommenbe unüberwindbar scheint, wenn auch der Geschäftsgeschäft des östlichen Drüben andere — aber nur schlechtwährte Geschäftsformen einführen will. Gemeinschaftsinn und Wollen zum „Gindurh“, dann wird der Verband verdienstvolle Arbeit leisten.

Wie Schuppen fällt es von seinen Augen. „Trudel, du willst doch nicht sagen?“

„Doch ich bin ein glückliches Weib geworden wär' mit dir.“

Ein dummes Stöhnen ringt sich aus seiner Brust.

Die erste polnische Lokomotivfabrik, über die wir bereits berichtet haben, wird in Chrzanow in Kleinpolen (Galizien) in der Nähe des Dombrowsker Kohlenbeckens entstehen. Die sie betreibende Aktiengesellschaft ist bereits begründet worden. Sie hat mit der polnischen Regierung einen Vertrag geschlossen, der ihr einen günstigen Absatz der Erzeugnisse für einen Zeitraum von 12 Jahren sichert. Die Regierung leistet der Gesellschaft einen Zuschuss zu den Baukosten, gewährt ihr Steuererleichterungen und erleichtert ihr den Erwerb in Rohstoffen. Die Fabrik soll jährlich 150 Lokomotiven herstellen, d. h. die Hälfte des Bedarfes des polnischen Staates. Da die Herstellung einer Fabrik Kosten und einen bedeutenden Zeitverlust verursachen würde, hat man beschlossen, die Kessel, Tenderkästen und Rohrgüsse von der A.-G. W. Fichtner & C. Gomper in Sosnowice und Dombrowa zu erwerben. Die Regierung hat bereits 1200 Lokomotiven, die im Laufe von 10 Jahren zu liefern sind, bestellt. Die Bestellung stellt einen Wert von 10 Milliarden polnischer Mark dar. Die ersten Lokomotiven sollen bereits in diesem Jahre geliefert werden. Das Betriebskapital der Aktiengesellschaft beträgt 75 Millionen polnischer Mark (150 000 Aktien zu je 500 Mark). Das Kapital ist bereits gedeckt, und zwar von der Ban Malowski, der Bank Handlowy in Warschau und verschiedenen polnischen Persönlichkeiten.

Holländisches Kapital in Polen. Eine holländische Finanzgruppe, welche die Petroleumtransaktionen in Galizien durchführte, beabsichtigt eine Anzahl von Zuckerfabriken in Polen aufzutauen. Infolgedessen wird wahrscheinlich in kürzester Zeit im Zusammenhang und unter Teilnahme der Posener Handelsbank eine polnisch-holländische Bank entstehen.

Die Handwerker-Frauenvereinigung feierte am Montag im Elysium ihr erstes Stiftungsfest. Die Vorsitzende begrüßte die zahlreich erschienenen Mitglieder und Gäste und gab einen Rückblick auf die Entwicklung der Vereinigung, die von 27 Mitgliedern bis auf 173 angewachsen ist. Nach einer Kaffetafel, die durch musikalische und deklamatorische Vorträge verschönt wurde, beschloß ein flottes Tanzenach die Feier.

* **Die Zeitungen in Polen.** Infolge neuer Forderungen der Schriftsteller, die die Erhöhung des Lohnes um 60 Prozent verlangen, haben die Krakauer Zeitungsverleger beschlossen, ihre Zeitungen am 1. Februar zu schließen.

Ein tragisches Gescheit hat eine alt eingefessene Bromberger Familie, die weithin im Nekeane bekannt ist, bestossen. Es handelt sich um die Familie Knabe, bis vor kurzem Besitzer von Pakers Garten und Sommertheater. Nachdem vor zwei Jahren Frau Knabe, die rüstige, liebenswürdige Witwe, nach kurzer Krankheit einer Grippe erlag, erkrankte heute vor acht Tagen eine der blühenden, süchtigen Töchter am Scharlachfieber. Dieses trat gleich mit großer Heftigkeit auf. Diphtherie und Nierenentzündung waren hinzu und nach kaum fünf Tagen war dieses lebenslustige, frische Mädchen ein Opfer dieser furchtbaren Krankheiten, trotz aller Mühe, die sich die Ärzte gaben, um sie zu retten. Durch ihren Tod hat auch der 6. Bezirk einen schweren Verlust erlitten. Fr. Elsriede Knabe war, wie ihre Schwester, eine der Helferinnen dieses Bezirks, jener Mädchen und Frauen, deren Name nicht öffentlich lobend genannt wird, und die doch in stiller, selbstloser Arbeit viel zur Erhaltung und zum Zusammenschluß unseres deutschen Volksstums tun. Ihnen allen sei einmal öffentlich Dank für ihr rastloses Wirken gesagt, vor allem aber danken wir unserer lieben Toten. Der 6. Bezirk, besonders der Obmann und die Helferinnen, die schon lange durch ihre gemeinsame Arbeit ein starkes Freundschaftsband verbindet, werden dieses liebenswürdige, stets hilfsbereite deutsche Mädchen nicht vergessen.

Kurzbericht,
mitgeteilt von der Deutschen Volksbank Bromberg.
Die Notierungen der Polnischen Landesdarlehnskasse sind heute unverändert.

Warschau, 19. Januar. (PAT.) Die Kurznotierungen der Warschauer Börse sind heute unverändert.

Posener Börsenbericht vom 19. Januar.

Öffentliche Notierungen: 4% Posener Pfandbr. m. Zusch. d. 8 und neue 300 gef., gez. 4% Posener Pfandbr. mit poln. Stempel, neue, 125 gef. Posener Landschaftsbank 155 gef. Kwilecki u. Potocki 450 gef., gez. Bank Amiazu 1.—7. Emission 400 gef., gez. Bank Zwiazku 8. Emission 540 gef., gez. Patria 640 gef., gez. Tegielski 590 gef., gez. Ledzentrale 730 gef. Kilmann (Luben) 750 gef., gez. B. Hartwig 1050 gef., gez.

Unoffizielle Notierungen: Posener Bank 300—290 gef. Posener Landschaftsbank 400 gef., gez. Borekowksi 385 bis 390 gef. Dr. Rom. Man 655 gef., gez. T. R. J. 285—290 gef., gez. Chemiche Erzeugnisse 1000 gef., gez. Brzeski-Anto 450—480 gef., gez. Konfektionshaus 380 gef., gez. N.-Ges. "Wista" 575—600 gef., gez. Waggonfabrik "Ostrowo" 380—340. Orient 450—480—470 gef., gez. Posener Holzgerössenschaft 1250 ang. Papierfabrik in Bromberg 500—490—485 gef., gez. ang. Holzgerzeugnis "Wroni" 250 bis 325 gef., gez.

* * * * *

Iknowroclaw, 19. Januar. In der letzten Stadtverordnetenversammlung wurde ein Schreiben des früheren Stadtverordnetenvorsteigers, jetzigen Bismarckministers für das ehemals preußische Gebiet, Dr. Bachowick, verlesen, in welchem dieser mittelt, daß er genehmigt sei, sein Mandat als Stadtverordneten niederzulegen, da er die Stadt verlassen habe. Der Vorsteher verlas ein weiteres

Schreiben des Stadtverordneten Justizrat Gründer, der nach 18jähriger Tätigkeit infolge Wegzuges sein Amt niedergelassen. Für diesen wurde Frau Dr. Simon durch den Stadtpräsidenten eingesetzt und verpflichtet. Mit ihr ist die vierter Frau in das Stadtparlament eingezogen. Die Wahl des Büros ergab folgendes Ergebnis: Vorsteher wurde Stadtverordneter Lenartowski, sein Stellvertreter Socian und Schriftführer Eckert. Die Preise für die Erzeugnisse der Gasanstalt wurden vom 1. Januar d. J. ab wie folgt erhöht: 1 Kubikmeter Gas von 7,00 auf 9,50 M. 1 Rentner Kots von 120 auf 180 Mark und 1 Ht. Tee von 500 auf 850 Mark. Für Notstandsarbeiten wurden 7 400 800 Mark bewilligt. In der Geheimabstimmung wurde Stadtrat Lisicki, dessen Wahl wegen eines Formfehlers nicht bestätigt worden war, wiederum gewählt.

* **Posen (Poznan), 19. Januar.** In der ersten diesjährigen Stadtverordnetenversammlung erfolgte zunächst die Vorstandswahl durch die Wiederwahl der bisherigen Mitglieder, und zwar des Rechtsanwalts Dr. Nieczkowski zum Vorstehenden, des Stadt. Grzegorzewicz zu seinem Stellvertreter, des Stadt. Krause zum Schriftführer, des Stadt. Klos zu dessen Stellvertreter und des Stadt. Adamcaj zum Beisitzer. Die Erhöhung des Wassergeldes von 4 Mark auf 5 Mark für den Kubikmeter und des elektrischen Stromes für Beleuchtungszwecke von 15 Mark auf 16 Mark für die Kilowattstunde wurde beschlossen. — Ein seit August v. J. an der Front weilender Offizier fand jetzt bei seiner Rückkehr seine Wohnung in der ul. Pawla 5 (stricher Paulistrichstrich) vollständig ausgeraubt vor. II. a. ist ein Originalgemälde von Prof. Paleczynski im Werte von 100 000 Mark gestohlen.

* **Dirschau (Dziewno), 19. Januar.** Der Landwirtschaftliche Verein des Kreises Dirschau hielt eine Mitgliederversammlung ab, die sehr stark besucht war. Tierarzt Dr. Wagner hielt einen Vortrag über die Kinderpest, aus dem u. a. die Tatsache zu entnehmen war, daß nachdem mehr als 50 Jahre lang die Kinderpest in unseren Heimatgebieten unbekannt geblieben war, diese jetzt aus dem Osten, vornehmlich aus den Gebieten um Grodno und Bielsko meist durch Militärtransporte eingeschleppt worden ist. Dank der radikalen Abwehrmaßnahmen ist sie dort, wo sie auftritt (im Kreis Strasburg und in der Provinz Posen), durch Abschaltung des gesamten gefährdeten Kinderbestandes sofort wieder besiegt worden. Da die Sterblichkeit im Infektionsfall etwa 90 Prozent beträgt, ist größte Aufmerksamkeit geboten. In der sich anschließenden Aussprache wurden zahlreiche Klagen über zu kurze Arbeitszeit, die das Hauptziel bei dem Niedergang der Landwirtschaft sei, und über die Prelbildung geführt. Einzelne Beispiele ergaben diehaarträchtige Tatsache, daß für zwangsarbeitsschaffte Höfe etwa 500 Mark gezahlt werden, während Stiefel, Geschirre und andere Ledervermögen mit vielen Tausenden von Mark bezahlt werden müssen. Ebenso sei z. B. der Preis eines Anzuges heute 10- und 20mal so hoch als das Entgelt für die zwangsweise abgelieferte Schmutzwolle, so daß also der Zwischenhandel einen Profit von mindestens 80 Prozent einstellt. Der Stand der Wintersaaten wurde allgemein als befriedigend festgestellt.

Aus Kongreßpolen und Galizien.

* **Warschau.** Kürzlich erschien im Futtermittelladen von Kolek, Broniastraße 39, ein unbekannter Mann und verlangte Geld. Als Kolek in das Kontor ging, um dem Unbekannten aus 1000 Mark herauszugeben, drang ein zweiter junger Mann in die Wohnung ein. Beide zogen Revolver aus der Tasche und bedrohten damit das Ehepaar. Die Banditen raubten die Wohnung gründlich aus und feuerten noch drei Schüsse ab, worauf sie flüchteten. Kolek wurde im Gesicht und an der Seite verwundet, während seine Frau, in der Herzgegend getroffen, sofort den Tod stand. — In Warschau sind Arfelsine eingetroffen, die aber nicht im Laden erhältlich sind, da sie von einigen Restaurants aufgekauft wurden. Eine Arfelsine kostet 200 Mark.

Aus den deutschen Nachbargebieten.

* **Fischhausen.** Ein größerer Brand entstand in einem Pferde- und Schafstall des Rittergutes Polwilen. Verbrannt sind vier Pferde, vier Fohlen und außerdem etwa 10 bis 20 Schafe. Eine weitere Anzahl Arbeitspferde erlitten Brandwunden. Die Entstehungsursache des Feuers ist wahrscheinlich darin zu suchen, daß der Pferdesieger, der morgens zur Bahn fahren mußte, im Stall die Tiere brennen ließ. Vermöglich sind dann die Fohlen losgekommen und haben die Tiere umgestürzt.

* **Königsberg, 19. Januar.** Die Provinz Ostpreußen ist durch Massenflüchtigungen landwirtschaftlicher Arbeiter in Unruhe versetzt. In der Öffentlichkeit wird vielfach angenommen, daß diese Kündigungen von Seiten der Arbeitgeber erfolgt seien. Wie der Land- und Forstwirtschaftsverband der Provinz Ostpreußen hierzu mittelt, ist diese Ansicht völlig falsch. Im Gegenteil hätten die Arbeitgeber die Absicht gehabt, sich bei Kündigungen besondere Beschränkung anzuerlegen, die Gewerkschaften hätten dagegen unter gleichzeitiger Anklage des Provinzialarztes ihre Mitglieder angewiesen, sämtlich ihre Verträge mit den Arbeitgebern zum 1. April aufzukündigen. Zum Glück seien an vielen Stellen die Arbeiter diesem Rat nicht gefolgt, viele tausend Arbeiter hätten aber darauf gekündigt. Es sind Schritte zur Belebung der entstandenen Unruhe getan, gegenüber den umlaufenden Nachrichten muss aber festgestellt werden, daß die Massenkündigungen lediglich durch die Gewerkschaften erfolgt und für die Arbeitgeber unerwartet gekommen seien.

* **Saitzleben.** Über einen unglaublichen Rohheitsakt berichten die "Ost. Grenzboten": Dem Gutsbesitzer Feuerabend-Dagurischen wurden auf seinem Vorwerk Klein

Staatsgütern 39 Schafe erschlagen, und zwar derart, daß man sie gegen die Wand geschlagen hatte, wie die mit Blut besudelten Wände verraten. Der Schäfer wurde verhaftet. Als Täter kommen vermutlich Personen in Betracht, die im Hause von Feuerabend eine linke radikale Versammlung abhalten wollten, was ihnen nicht gestattet wurde. Dafür haben sie an der Schäferde Naché genommen.

* **Renkutta.** Bei einer von der Sozialdemokratie einberufenen Wahlversammlung in Solnitz, Kreis Neustadtin, wurde von einem bisher nicht ermittelten Täter von draußen ein Schuß auf den Parteisekretär Dresel (Schneidewühl) abgegeben. Der Schuß ging fehl.

* **Schivelbein.** Im Nachbardorf Panzerin erhielt ein Bauernhofsbesitzer Besuch, dem zum Gelben besonderer Wertschätzung die "alte Eleganz" eingeräumt wurde. "Mutter" heizte den Ofen und erfuhr zu ihrem Schrecken, daß der Ofen als "Stahlkammer" für die Ersparnisse des Ehegattels dient, die sie in Höhe von 22 000 Mark dem Flammentode überliefert hatte!

Vermischtes.

* **Selbstmordversuch Harry Waldens.** Harry Walden hat, wie dem "Berliner Tageblatt" aus Wien gemeldet wird, einen Selbstmordversuch unternommen, und zwar verlebte er sich durch einen Schuß in die linke Brusthälfte. Die Verletzung ist nur leicht. Als Motiv werden finanzielle Verlegenheiten angenommen. Er hat vor kurzem nach seinem Austritt aus dem Burgtheater die Wiener Renaissancebühne übernommen, die aber einen sehr schlechten Geschäftsgang hatte.

* **Was ein 50jähriger Mann schon alles zu sich genommen hat.** Ein bedeutender Arzt, der ein ebenso geschickter als beharrlicher Vorscher auf dem Gebiete der Statistik ist, hat für sich eine umfassende Arbeit über medizinische Physiologie beendet, aus der der "Tägl. Korresp." folgende Angaben mitteilt: "Ein ordentlicher Mensch, der das 50. Lebensjahr zurückgelegt, hat im ganzen 6000 Tage geschlafen, 6000 gewacht, 800 gegessen, ist 500 Tage krank gewesen (!) und hat sich 400 Tage der Berstreitung und Erholung hingegeben; ferner hat er nicht weniger als 70 000 Pfund Brot, 20 000 Pfund Fleisch und 5000 Pfund Gemüse verzehrt und an verschiedenen Getränken — 32 000 Liter hinuntergegurgelt, die einen See bilden würden von 300 Fuß Umfang und 2 Fuß Tiefe." Wir überlassen nun dem Erzähler eines jeden Lesers, obgleich er sich in seinen Lebensweise und Liebhaberei durchzurechnen und dabei ja nicht das liebste Bier zu vergessen.

* **Das Erwachen im Sarge.** Aus Budapest wird berichtet: Ein merkwürdiger Fall hat sich dieser Tage in Estergom (Gran) ereignet. Im dortigen Spital wurde der Privatbeamte Paul Schimka der dortigen Industriebank mit einer Brustfellentzündung operiert und starb anschließend während der Operation. Der Körper wurde in die Leichenhalle des Friedhofes überführt, und heute hätte das Begegnis stattfinden sollen. In der Nacht hörte der Totengräber, dessen Wohnung sich neben der Leichenhalle befindet, einen Lärm. Er begab sich in die Leichenhalle und sah, daß der scheinbar Tote erwacht war. Er schrie, man möge ihn freilassen. Der Sarg wurde sofort geöffnet, Schimka stürzte aus dem Sarge und lief nach Hause.

* **Die Waldschnecke in der Dachauer Gegend.** Der Herbststrich der Waldschnecke führt diese in der Dachauer Gegend seltenen Gäste, noch häufiger als im Frühjahr hierher. Am 19. Oktober und 20. November vorigen Jahres wurden Schnecken dort gesichtet. Zu dieser ornithologen Mitteilung schreibt der "Deutsche Jäger", München, folgende Erweiterung: Auf der Isar zeigen sich Wasserhühner, und der Mergentauwer (das sogenannte "Duckant") in größerer Zahl als sonst. Durch Rückkehr der Maisach und der Moosbäche sind die Enten dort überall verschwunden und man findet sie nur in einem irgend natürlichen Wasserarm oder Tümpel, wo sie sich mit größter Sorgfalt festhalten.

Lest das Blatt der Deutschen: die "Deutsche Rundschau".

Wasserstände. Mitgeteilt von der Kreiselsche Dr. Möding (Wasserbauamt) in Bydgoszcz am 20. Januar.

Pegel zu	Wasserstände		Ge- stiegen fallen	
	Tag	m		um m
Weidelsee:				
Wardow	—	—	—	—
Dorn	19.	3,68	20.	3,70 0,02
Schlaue I				
Brahe:				
Schlaue 2 D. Pegel ...	19.	5,50	20.	5,88 0,08
Bromberg U. Pegel ...	19.	2,10	20.	2,18 0,08
Goplosee: Kruszwica ...				
Der demäßige Tiefgang für die kanalisierte Brahe ...			1,60 Meter	
" "			für den Bromberger Kanal ...	1,40 Meter
" "			für den Obernebelkanal ...	1,20 Meter
Tiefgang der Oberbrahe an den Ziegeleien Czyzlowko und Ludwigshof beträgt 1,00 Meter.				

Hauptgeschäftsleitung: Richard Contag, verantwortl. für den politischen Teil; Karl Hilliger, für den übrigen Teil; Johannes Kruse, für Anzeigen und Reklame; E. Kallonen, Druck und Verlag von A. Dittmann & S. m. b. H., sämlich in Bromberg.

Die heutige Nummer umfaßt 4 Seiten.

Für Großstädte!	Dobermann Angelau.
Diene mit Oefferten in Nei., amerl. Mehl, London, Milk, Schmalz, Spez., Käse, Heringen und anderen Lebensmitteln, Ebenfalls Chemikalien u. Medikamente für Apotheken und Drogerien.	1739 Stathm., Burgstr. 16.
Feiertag, den 21. Januar, abends 8 Uhr;	
Tanzstunde.	
Nachdem Vorlesungssitzung für Matirluba.	
Um recht zahlreiches Er-scheinen wird gebeten.	
Deutsche Bühne.	
Bogosz., Elystum-Theater.	
Donnerstag, 20. Januar 1921, abends 7½ Uhr.	
Neu einstudiert!	
Die spanische Fliege.	
Schwan in 3 Akten von Arnold u. Bach.	
Freitag, 21. Januar 1921, abends 7½ Uhr, zum 3. Male:	
Armut.	
Trauerspiel von Wildgans.	
Die Zeitung.	

10 000 M. Belohnung!

Am Abend des 15. d. M. gegen 18 Uhr wurde auf der Domäne Stablewice, Kreis Chełmno

1 dunkle Fuchsstute

(Schwarzes Pferd in gutem Futterzustande), 8 Jahre alt, 1704

Wer uns die Diebe mit Erfolg nachweist oder zur Zurückläng. des Pferdes verhilft, erhält obige Belohnung.

Beschädigung 1 Stunde vorher.

Für die uns anlässlich unserer Vermählung erwiesenen Kusmerksamkeiten von nah und fern
 danken wir herzlichst.
 Julius Panegrau
 und Frau Amanda geb. Pape.
 Steindorf, im Januar 1921. 1725

Verordnung über Eier.

Auf Grund der §§ 12 und 15 Absatz 3 der Bekanntmachung über die Errichtung von Preisprüfungsstellen und die Versorgungsregelung vom 25. September 1915 (R.-G.-Bl. S. 607) wird folgender Richtpreis bestimmt:

Als Richtpreis für den Verkauf von Eiern wird bis auf Weiteres der Preis von 6 M. pro Stück festgesetzt.

Wer diesen Richtpreis überschreitet, lebt sich der Gefahr einer Belästigung nach der Verordnung gegen Preisfreiheit vom 8. Mai 1918 (R.-G.-Bl. S. 395) aus.

Bydgoszcz, den 17. Januar 1921.
Urząd badania cen.

250 g Gerstengröße

gelangen ab Sonnabend, den 29. Januar auf den Abholabschnitt Nr. 4 der allgemeinen Warenliste nach vorhergegangener Anmeldung zum Preise von 2,80 Mark zur Verteilung.

Anmelderstet der Haushaltung bis Sonnabend, den 22. Januar, Ablieferung der Anmeldeabschnitte durch die Kleinhändler bis Montag, den 24. Januar, mittags 12 Uhr.

Der Verkauf der Größen an die Kleinhändler findet von Mittwoch, den 26. Januar bis Freitag, den 28. Januar in bekannter Reihenfolge statt.

Lebensmittelamt.

2 große Kahnladungen
Torf
sind eingetroffen. Bei dem günstigen Angebot empfehlen wir, daß sich jeder Haushalt eindeckt. Lieferung ab Kahn, auch werden Bestellungen frei Haus entgegengenommen. Zahlungen sind nur im Kontor zu leisten.
Wohl & Sohn, G. m. b. H., Gammstraße 4/5.

Familien-Drucksachen

in bester Ausführung



fertigt schnell und preiswert

A. Dittmann G. m. b. H.

Buch- u. Steindruckerei
Bromberg-Bydgoszcz
Wilhelmstr. 16 Telefon Nr. 61

2 bis 4 Pferde

zur Frühjahrsbettung
gegen
Strohlieferung.

Angebote unter G. 1694 an
die Geschäftsstelle d. Ztg.

Zentrifugen
werden repariert. 1142
Thornerstr. 55, Hof, Fabrikgeb.

500 M. Belohnung.
Seal-Muff Sonntag abd.
vom Bahnhof des Mittelstr.
verloren geg. Abzugeben bei
222 Städte, Mittelstr. 20a.

Heirat

Heirat best. Stände ver-
mittelt dist. 1243
Mrowka, Bydgoszcz,
Blumentr. 9, I. Etg., r.

Stellengesuche

Buchhalter

bürokratischer, erste Kraft, beste
Refer., der polnischen und
deutschen Sprache vollständig
mächtig, sucht Stellung
per sofort oder 1. Februar
in Kaufm. oder Fabrikbetrieb.
Gef. Off. unter 3. 1287 an
die Geschäftsstelle d. Zeitg.

Tüchtiger Gärtner
unverh., sucht gl. Stellung.
Wegner, Bydgoszcz,
Barbary 13.

Tüchtige Zeitungsträger

für Friedrich- und Rintauerstr. gesucht.
Meldungen in der Geschäftsstelle der „Deutschen
Rundschau“, Wilhelmstraße 14.

Zu meiner Unterstützung
suche ich sofort einen jüngeren,
kehr tätigen

Beamten

oder Eleven
mit Praxis für intensiven
Betrieb. 1730

Broek, Gutsverwalter,
Rittergut Jaszcz, Post Osie,
Kreis Swiecie.

Evangelischer Rendant

f. Dauer- u. Vertrauens-
stellung z. 1. 4. 21 gesucht.

von Koerberische
Saalgutwirtschaft,
Koerberode
(Nowe-Tantomice)
Kr. Graudenz. 1717

Portraitmaler

auch Damen, für Porträts
ausarbeit, können sich melden.
Awella, Marcinto wstieg 11.

Schriftseker

für poln. u. deutsch. Sosz
eventuell zur Ausbildung a. d. Sekundarschule
werden eingestellt. 1080

A. Dittmann,
G. m. b. H.,
Bahnhofstraße 6.

Gärtner

Stellmacher
mit Burischen
werden z. 1. 4. 21 gesucht.

von Koerber,
Koerberode 1618
b. Plesewo, Kr. Graudenz.

Geprüfter Heizer

bei Tariflohn und hoher
Heizprämie sof. gesucht. 1722

Ludwig Buchholz,
Garbarn 35/40.

2 Schmiedegesellen,

1 Schmiedelehrling
stellt sofort ein 1284

Karl Altmann, Maukstr. 13.

Gesucht

zum 1. 4. 1921, evtl. früher,
wegen Ablebens der Stellen-
inhaber, die lange Jahre
hier tätig waren,

Oberschweizer

für renommierte Herdbuch-
herde von ca. 50 Kühen und
50 Stück Jungvieh. Gute

Wohnung, elektr. Licht, hohe
Tantiente. Nur Bewerber
aus ähnlichen Herden mit
guten Zeugnissen und reicher
Personal wollen sich melden.

Gärtner

selbsttätig, mögl. m. Burischen,
für großen Obst- u. Gemüse-
garten mit kleinem Gewächs-
haus; erfahren in allen Ar-
beiten seines Faches.

Ferner: 1727

Stellmacher mit

große Güststellmacherei.
Dom. Jastocz,

Post Aziazi (Pommerschen),
pow. Inowrocław.

Gesucht zum 1. April ein

Meller mit Burschen

und ein Schmied
ohne Handwerksz. o. Dampf-
drehzah zu führen hat.

Berendt, Pawłowo,
pow. Bydgoszcz.

Gesucht zum 1. April evtl.

Lehrer oder höh. Schüler

welch. Quart. Unterr. i. Latein
u. Franz. geben möchte, sucht
Junga, Brückenn. 11, 1. Etg.

1289

Gesucht zum 1. April evtl.

Beamter.

Berendt, Pawłowo,
pow. Bydgoszcz.

Gesucht zum 1. April 1921

Hofmeister

(Vorarbeiter), der etwas
Schirrarbeit versteht und
Hofstellen kann.

Müller, Müllerhof

5. Tempelburg (Sępolno).

Gesucht

für mein Gut,
nahe d. deutsch.

Grenze, zum 1. 1921 evtl.

istig., alt.

Gehalts-Forderungen, Zeug-

nisse erbeten.

E. Rujath-Dobbertin,

in Dobrzyniewo, powiat

Wyrzysk, stac. Osie (Neuhof).

gesucht zu senden an

Administrator Schröder,

Dom. Kalista, poczta Lubien,

powiat Włocławski. 1269

Gesucht zum 1. April

Einen Schäfer

mit eigenen Leuten

sucht zum 1. April

Dom. Kartowice v. Kobyl-

nica, pow. Poznań wschod.

sucht zum 1. April

Dom. Kartowice v. Kobyl-

nica, pow. Poznań wschod.

sucht zum 1. April

Dom. Kartowice v. Kobyl-

nica, pow. Poznań wschod.

sucht zum 1. April

Dom. Kartowice v. Kobyl-

nica, pow. Poznań wschod.

sucht zum 1. April

Dom. Kartowice v. Kobyl-

nica, pow. Poznań wschod.

sucht zum 1. April

Dom. Kartowice v. Kobyl-

nica, pow. Poznań wschod.

sucht zum 1. April

Dom. Kartowice v. Kobyl-

nica, pow. Poznań wschod.

sucht zum 1. April

Dom. Kartowice v. Kobyl-

nica, pow. Poznań wschod.

sucht zum 1. April

Dom. Kartowice v. Kobyl-

nica, pow. Poznań wschod.

sucht zum 1. April

Dom. Kartowice v. Kobyl-

nica, pow. Poznań wschod.

sucht zum 1. April

Dom. Kartowice v. Kobyl-

nica, pow. Poznań wschod.

sucht zum 1. April

Dom. Kartowice v. Kobyl-

nica, pow. Poznań wschod.

sucht zum 1. April

Dom. Kartowice v. Kobyl-

nica, pow. Poznań wschod.

sucht zum 1. April

Dom. Kartowice v. Kobyl-

nica, pow. Poznań wschod.

sucht zum 1. April

Dom. Kartowice v. Kobyl-

nica, pow. Poznań wschod.

sucht zum 1. April

Dom. Kartowice v. Kobyl-

nica, pow. Poznań wschod.

sucht zum 1. April

Dom. Kartowice v. Kobyl-

nica, pow. Poznań wschod.

sucht zum 1. April

Dom. Kartowice v. Kobyl-

nica, pow. Poznań wschod.

sucht zum 1. April

Dom. Kartowice v. Kobyl-

nica, pow. Poznań wschod